

Der Vollzugsdienst

6/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

dbb fordert eine Initiative zur Modernisierung des bundesdeutschen Strafvollzuges

Zusammenarbeit ist der Weg aus der „föderalistischen Einbahnstraße“

Seite 5

Gastgeberland Bremen: BSBD Ländertreffen 2021 in Achim/Niedersachsen

Erste Zusammenkunft nach 2019 mit umfangreichem Programm

Seite 30

Matthias Nicolai zum neuen Vorsitzenden des BSBD Mecklenburg-Vorpommern gewählt

Mitglieder zur aktiven Beteiligung an Kundgebungen aufgerufen

Seite 43



40. Gewerkschaftstag des BSBD zieht Bilanz

BSBD-Bundesvorsitzender René Müller einstimmig wiedergewählt

Lesen Sie mehr dazu ab Seite 2 dieser Ausgabe

Foto: © BSBD



BERLIN

Foto: Friedhelm Windmüller



HAMBURG

Foto: Friedhelm Windmüller



HESSEN

Foto: Friedhelm Windmüller

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Wieder ist ein Jahr vergangen ...
- 1 Dank des Bundesvorsitzenden René Müller für das entgegengebrachte Vertrauen beim 40. Bundesgewerkschaftstag
- 2 40. Bundesgewerkschaftstag des **BSBD** zieht Bilanz und stärkt die gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Justizvollzug
- 4 Ehrungen für verdiente Mitglieder
- 5 dbb fordert eine Initiative zur Modernisierung des bundesdeutschen Strafvollzuges
- 7 Seminarthema: Deutschland vor der politischen Wende?
- 7 Sind wir auf dem rechten Auge blind? Seminar zum Thema: Rechte Gewalt in Deutschland

LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 22 Berlin
- 26 Brandenburg
- 30 Bremen
- 31 Hamburg
- 35 Hessen
- 43 Mecklenburg-Vorpommern
- 45 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 71 Sachsen
- 74 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 80 Thüringen
- 69 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	bsbd.bund-kleemann@e-mail.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@vnsb.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2022:



15. Februar 2022



Bekleidungsordnung ändern

Gemeinsam mit dem Hauptpersonalrat des Landes Berlin hat sich auch der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz für die Beschaffung von Schutzhandschuhen in die Grundausstattung der Bekleidungsordnung aufzunehmen, ausgesprochen.

Der BSBD Berlin hat Ende 2020 im Gespräch mit der Senatsverwaltung für Justiz eine Verbesserung der bisherigen Dienstkleidung gefordert.

Dabei wurden Verbesserung bei der Twin-Jacke und die Einführung einer Warnweste (Aufschrift Justizvollzug) für die Fahrbereitschaft und bei Ausführungen gefordert.

In der aktuellen Situation hält der BSBD Berlin es auch für erforderlich, den entsprechenden Haushaltstitel finanziell aufzustocken.

Leider kommt es immer wieder vor, dass Anwärter/innen bereits am Anfang ihrer Ausbildung nicht vollständig eingekleidet werden können.

Auch die Kosten für die Beschaffung qualitativ hochwertiger Bekleidung müsste durch eine Erhöhung der Bekleidungskontos Rechnung getragen werden.

Derzeit ist geplant, die Farbe der hellblauen Bluse/Hemd in dunkelblau zu ändern (Analog dem Poloshirt).

Wir bleiben für euch am Ball ■

Erster Erfolg des BSBD Berlin

Stillstand im Justizvollzug beenden

„Jetzt besteht die Möglichkeit, für die nächsten fünf Jahre Schwerpunkte zu setzen, um den Stillstand der letzten Jahre im Justizvollzug zu beenden!“, beurteilt BSBD-Landeschef Thomas Goiny die politische Situation in Berlin und drängt auf effiziente und pragmatische Lösungen zur Nachwuchsgewinnung im Strafvollzug.

Denn die Bewerberzahl nimmt aktuell weiter ab. Ursachen sind vor allem schlechte Bezahlung und fehlende Perspektiven.

Zielführende BSBD-Forderungen

Bereits in den letzten Jahren hat der BSBD immer wieder grundlegende Veränderungen gefordert, die auch dauerhaft den Beschäftigten im Justizvollzug eine Perspektive bieten.

Der BSBD fordert auch, dass der Geist von „Schmöckwitz“, der die Grundlage für den Gesundheitspakt gelegt hat, auch in der Praxis gelebt wird. Der Gesundheitspakt und seine positiven Ideen verpuffen leider durch Fehlentscheidungen in den Anstalten.

Der BSBD will deshalb schnelle Lösungen und fordert:

- Die Erhöhung der Anwärtersonderzuschläge auf 70 %.
- Beförderungen in die Besoldungsgruppe A8 ein Jahr nach Beendigung der Probezeit.
- Wegfall der Erfahrungsstufe 1 und Fortsetzung der Erfahrungsstufen bis 10.
- Vereinfachte Anerkennung von Vordienst- bzw. vorberuflichen Zeiten.
- Verkürzung der Probezeit bei erfolg-

reichem Abschluss mit mindestens Note 2.

- Überprüfung der Stellenbewerbungen und Ausweitung der Masteranforderungsprofile auf alle Tätigkeiten und Aufgaben.
- Zeitnahe Umsetzung der Verbeamtung von Tarifbeschäftigten im Krankenpflegedienst und Werkdienst.
- Qualifizierung der Tarifbeschäftigten im Verwaltungsdienst mit dem Ziel der Verbeamtung.
- Schneller und einfacher Wechsel zwischen den Dienststellen aus gesundheitlichen Gründen, um die Gesundheitsquote zu erhöhen.
- Stärkung des gesundheitsorientierten Personalmanagements, entsprechend den Beschlüssen des Gesundheitspaktes.
- Schnellere Ausschreibungs- bzw. Stellenbesetzungsverfahren in den Dienststellen.

Dagegen wird ein weiteres Absenken der Einstellungsvoraussetzungen strikt abgelehnt. Ganz im Gegenteil ist der BSBD Berlin der Überzeugung, dass die Nachqualifizierung der Anwärter/innen und Probebeamten/Innen sowie generell die Aus- und Fortbildung intensiviert werden müssen. Das gelte auch für die Praxisanleiter/leiterinnen.

Erster Erfolg

Einen ersten Erfolg in Sachen beruflicher Perspektiven konnte der BSBD Berlin übrigens bereits erreichen.

Bei einem Gespräch im August hat die Senatsverwaltung für Justiz eine Arbeitsgruppe angekündigt, die die Einführung einer sogenannten „Zweigeteilten Laufbahn“ prüfen soll. ■

Einblicke in das anspruchsvolle Berufsbild im Justizvollzug

Fernsehserie unterstreicht Qualifikationsanforderungen

Eine aktuelle Fernsehserie, die den Berufsalltag von Anwärterinnen und Anwärtern in den Berliner Gefängnissen vorstellt, unterstreicht die BSBD-Position, dass an den Einstellungsvoraussetzungen im Strafvollzug nicht gerüttelt werden darf.

Denn sowohl das tägliche Gefährdungspotenzial für die Justizvollzugsbediensteten durch die Straftäter, als auch der gesetzliche Auftrag den Gefängnisinsassen gegenüber, verlangen eine umfassende und differenzierte

Aus- und Fortbildung. Vor allem die Grundlagen des Dienstrechts werden nicht nachhaltig geschult. Dies gilt nicht nur für die Anwärter/innen im allgemeinen Vollzugsdienst, sondern auch für alle Quereinsteiger in allen Berufsgruppen.

„Nur wenn ich weiß, warum ich eine Eingriffsnorm gegenüber den Inhaftierten habe und auf welcher Rechtsgrundlage dies geschieht, können die Aufgaben durchgeführt werden.“

Es erhöht auch die positive Einstellung zum Berufsbeamtentum“, be-

gründete Thomas Goiny die Forderung des BSBD Berlin.

Auch wenn in der am 18. November ausgestrahlten ersten Folge der Serie „Berlin hinter Gittern“ von Beschäftigungsbedingungen, insbesondere Bezahlung und Karrierechancen, noch keine Rede war, hat sie doch zumindest ausschnittsweise Einblicke in das anspruchsvolle Berufsbild im Justizvollzug vermittelt.

Weitere Folgen werden auf Kabel 1 jeweils donnerstags um 20.15 Uhr ausgestrahlt. ■

dbb berlin Info:

Gleichbehandlung darf keine Einbahnstraße sein

Pressemeldungen zufolge bestehen im Vorfeld der Koalitionsberatungen bereits Überlegungen, die Regelaltersgrenze für den Eintritt der Landesbeamtinnen und -beamten auf 67 Lebensjahre anzuheben. Auch die besonderen Altersgrenzen im Vollzug sollen angeblich auf den Prüfstand gestellt werden. Begründet wird dies mit den Regelungen in anderen Bundesländern.

Der **dbb berlin** hat unmissverständlich in einer Presseerklärung und in verschiedenen Interviews klargestellt, dass Gleichbehandlung ebenfalls eine Bezahlung entsprechend der Kolleginnen und Kollegen beim Bund in der Hauptstadt beinhaltet.

Ein weiteres Gleichbehandlungsdefizit gilt es bei den Lehrern/innen zu beseitigen, die ausschließlich in Berlin nicht verbeamtet werden. Und schließlich gibt es kein weiteres Bundesland, das mit Vorgaben des Verfassungsrechts derart nachlässig verfährt, wie es Berlin mit der amtsangemessenen Alimentation tut.

Bevor diese Ungleichbehandlungen der Berliner Landesbeamtinnen und -beamten nicht bereinigt seien, verbietet sich jeder weitere Einschnitt bei den Beschäftigungsbedingungen. Der **dbb berlin** hat darüber hinaus klargestellt,

dass dieser Vorstoß den alarmierenden Personalnotstand in Berlin weder löst noch entscheidend eindämmt. Weitere einseitige Verschlechterungen dürften mit einer weiteren Abwanderungswelle eher negativ zu Buche schlagen. Darüber hinaus muss befürchtet werden, dass bei einer chronisch überlasteten Beamenschaft zusätzliche Anforderungen zu erheblichen gesundheitlichen Leistungseinschränkungen führen werden, zumal der Arbeitsalltag in der Metropole die Kolleginnen und Kollegen vor besondere Anforderungen stellt.

Insbesondere gilt das auch im Vollzug (Polizei, Feuerwehr und Strafvollzug), wo sich die extreme Überbelastung bereits jetzt gesundheitlich auswirkt.

Ausgesprochen irritierend und wenig glaubwürdig ist ein Vorstoß des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters **Klaus Wowereit** zu bewerten, der in den Medien jetzt nicht nur eine Reform, sondern gleich „eine Revolution“ der Berliner Verwaltung fordert.

Wer in 13 Jahren der Regierungsverantwortung auch personellen Kahlschlag und Gehaltskürzungen für die Beamten/innen verantwortet hat, ist nach Überzeugung des **dbb berlin** allerdings am allerwenigsten berufen, jetzt Ratschläge an die zu erteilen, die die eingebrockte Suppe auslöffeln müssen. ■

Gesund und schont die Umwelt

JobRad – eine echte Alternative

Wer in einer Metropole wie Berlin Verkehrspolitik für die Zukunft gestalten will, kommt nicht daran vorbei, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mitzunehmen.

Die Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk Moabit hat die Beschäftigten in der JVA Moabit unvorbereitet getroffen und viele Beschäftigte vor teilweise kurzfristig unlösbare Probleme gestellt, ihren Arbeitsplatz sinnvoll und effizient zu erreichen.

Es hat auch gezeigt, dass ohne sinnvolle Alternativen eine echte Verkehrswende in Berlin nicht möglich ist.

Es ging bisher entweder um Verdrängung oder um Verbote. Beide Vorgaben lösen nicht die Probleme.

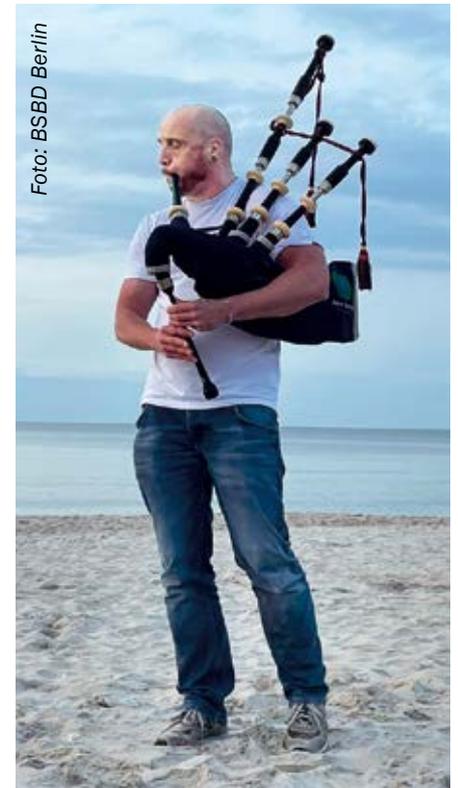
Als echte Alternative könnte sich das **JobRad** erweisen, was bereits in Hamburg und Baden-Württemberg Realität

ist. Auch im TVöD gibt es dazu erste Regelungen. Der Personalrat der Jugendstrafanstalt hatte bereits im Frühjahr den Vorschlag unterbreitet und die Anstalt um entsprechende Prüfung gebeten. Leider hat diese Überprüfung bisher kein positives Ergebnis gebracht.

„Wir halten den Vorschlag der Kolleginnen und Kollegen für mehr als sinnvoll und werden diesen unterstützen“, sagte der Landeschef des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, zu der Idee.

Der **BSBD Berlin** hält es in der heutigen Zeit für wichtig, **JobRäder**, **Elektrofahrräder** und entsprechende **Ladestationen** einzurichten und zu fördern. „Hier wird nicht nur der aktuelle Mainstream unterstützt, sondern Fahrradfahren als eine gesunde Unterstützung auch aus dem Gesundheitspakt gefördert und zudem die Umwelt geschont“, bewertet **Goiny** den Vorschlag. ■

Jahresfahrt des BSBD der JSA Berlin



Bereits zum 20-igsten Mal sind die Kolleginnen und Kollegen der Betriebsgruppe der JSA Berlin zu ihrer inzwischen legendären Jahresfahrt aufgebrochen.

Diesmal ging es nach Misdroy an die polnische Ostsee. Auf dem Programm standen nicht nur Erholung und Freizeit, sondern auch die Besichtigung der Altstadt von Kolberg und eine Bootstour von der Seebrücke in Misdroy auf dem Programm. Auch das Ozeaneum war Bestandteil des langen Wochenendes.

Schwierige Organisation durch Corona-Situation

Die Organisation war für den Reiseleiter und Personalratsvorsitzenden, **Sven Rösler** nicht ganz einfach. Die aktuelle Corona-Situation machte es nicht leicht. Aber mit ein wenig Glück bei Zeitpunkt und Jahreszeit, sowie der disziplinierten Kolleginnen und Kollegen, wurden alle Hindernisse aus dem Weg geräumt. Der Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen in der JSA, die in den Tagen den Dienst aufrechterhalten und die Sicherheit gewährleistet haben.

Im nächsten Jahr geht es in die wunderschöne Stadt Selb im Fichtelgebirge, das unmittelbar an der tschechischen Grenze liegt. Für alle in diesem Jahr Daheimgebliebene eine Möglichkeit, ein langes Wochenende zu buchen! ■

Tarifverhandlungen 2021

Eine schnelle Einigung ist nicht zu erwarten

Bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder stehen die Zeichen nicht auf schnelle Einigung. Der Tarifbeauftragte des BSBD Berlin, Bernd Loran, befürchtet, dass die Arbeitgeber sehr kurzfristig handeln und sich hinter dem Diktat der leeren Kassen verschanzen werden.

„Es wäre mehr als verhängnisvoll, wenn die öffentlichen Arbeitgeber die katastrophale Personalsituation aus den Augen verlören“, warnt **Bernd Loran**. Denn der enge Zusammenhang zwischen Nachwuchsgewinnung und angemessener Bezahlung habe gerade in Berlin zu leidvollen Konsequenzen geführt. Geradezu händeringend würde mit allenfalls mäßigem Ergebnis nach neuem, qualifiziertem Personal gesucht. Die unzureichende Bezahlung erweise sich immer wieder als entscheidender Wettbewerbsnachteil.

Zum Auftakt der Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 8. Oktober hat der **BSBD** bereits Flagge gezeigt. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde in Potsdam war der **BSBD Berlin** vertreten.

Ob die Verhandlungen auch aktiv vor Ort durch den **BSBD** begleitet werden können, ist aufgrund der aktuellen Situation noch offen.

In der **aktuellen Einkommensrunde** geht es nicht nur um Anerkennung und Wertschätzung, die vor allem für den Justizvollzug immer noch fehlt. Entsprechende Forderungen hat der **BSBD Berlin** immer wieder öffentlich gemacht.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** fordert deshalb bei den anstehenden Verhandlungen über den Tarifvertrag der Länder (TdL) eine Einkommenserhöhung um 5 Prozent, mindestens aber



(v.l.n.r.): Thomas Goiny (Landesvorsitzender BSBD Berlin), Bernd Loran (BSBD Berlin) Sönke Patzer (BSBD Bund Tarifvertreter), Hans Oberhinninghofen (BSBD Berlin), Thomas Benedikt (Stellv. Landesvorsitzender JVB) in Potsdam zu Beginn der Verhandlungsrunde.

150 Euro. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.

Für Azubis, Studierende und Praktikanten will der **dbb beamtenbund und tarifunion** eine Anpassung der Entgelte um 100 Euro und eine Übernahme aller Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung erreichen.

Das Ergebnis der am 8. Oktober beginnenden Verhandlungen ist auch für die Berliner Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst maßgeblich und Maßstab für Besoldungsanpassungen für die Beamten.

Der **BSBD Berlin** fordert daher eine umgehende inhalts- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf ihre Besoldung.

Jegliche zeitliche Verzögerungen und andere Zahlenspielchen wie in den letzten Jahren darf es nicht länger geben. Hier ist auch der Justizsenator als

Mitglied des Senats gefordert, für seine Beschäftigten einzutreten und ein weiteres Hinausschieben zu verhindern.

Und so bewertet der Bundestarifvertreter des **BSBD**, **Sönke Patzer**, zu Recht, „dass Wertschätzung verbunden ist mit Respekt, Wohlwollen und Anerkennung.“

Einen anderen Menschen zu wertschätzen bedeutet auch, dessen Bedürfnisse zu erkennen und ernst zu nehmen“ und stellt ernüchternd fest, dass die Mitglieder des Td-L weit, weit entfernt sind von dieser Bewertung.

Ja, Corona war eine Ausnahmesituation, ansonsten sehen wir aber keinen Bedarf, etwas zu verändern, so die Äußerung der Arbeitgeberseite.

Wer sich so äußert, zerschlägt viel Porzellan! Potenzielle Bewerber/innen fühlen sich nicht angesprochen, sondern werden verschreckt!

Wer für den öffentlichen Dienst werben will, muss sich dem Markt anpassen und sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren.

Eine Neubewertung der tariflichen Aufgaben und der Eingruppierung wird von den **BSBD** Tarifexperten abgelehnt. Hier sind tausende von Stellen betroffen, auch die im Justizvollzug!

Der **BSBD Berlin** fordert die Arbeitgeber zu Vernunft auf. Nur wer jetzt investiert, stärkt den öffentlichen Dienst für die Zukunft. Das gilt mehr denn je auch für den Justizvollzug in Berlin!

Der Slogan des **BSBD BUND**: „Zukunft nur mit uns!“ ... drückt genau dies aus.



Foto: BSBD Berlin

Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Strafvollzug

Ein Fall für vertrauensvolle Zusammenarbeit

Grundsätzlich sollen Dienststellenleitung und Personalrat vertrauensvoll zusammenarbeiten und – so sieht es das Personalvertretungsgesetz Berlin vor – Probleme unter Abwägung von Fürsorgepflicht und dienstlichen Aufgaben zum Wohl der Beschäftigten lösen. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, insbesondere wenn es um die persönlichen Belange der Beschäftigten wie Arbeitszeit, Urlaub oder Teilzeit geht, ist allerdings nicht immer leicht.

Aktuelles Beispiel sind im Strafvollzug Anträge auf Verlängerung der Lebensarbeitszeit über das normale Renten-/Pensionsalter hinaus.

Bei einer solchen Maßnahme, die der Zustimmungspflicht des Personalrats unterliegt, gilt es nämlich, sehr sorgfältig abzuwägen.

So unterscheidet sich die Interessenslage der jüngeren Beschäftigten, die sich eine berufliche Perspektive erhoffen, grundlegend von der der älteren Beschäftigten, die den Ruhestand noch gerne etwas weiter hinausschieben möchten.

Anträge auf Lebensarbeitszeitverlängerung großzügig verlängert

Aber auch die dienstliche Situation ist nicht unverändert geblieben, seit der Berliner Senat 2016 die Weiterbeschäftigung über den Eintritt in den Ruhestand hinaus als vorübergehende Maßnahme beschlossen hat. So wurden in den letzten Jahren Anträge auf

Lebensarbeitszeitverlängerung im Justizvollzug sehr großzügig bewilligt.

Hatten doch fehlende Ausbildungsjahrgänge in den Jahren 2005/2006 und im Jahr 2012/2013 sowie zusätzliche Personaleinsparungen zu akuter Personalnot geführt.

Mittlerweile ist aber eine Art Schwebzustand eingetreten, das heißt, auf der einen Seite ist – nicht zuletzt coronabedingt – die Zahl der Gefangenen rückläufig, auf der anderen Seite muss in den nächsten zehn Jahren aufgrund des demografischen Wandels mit einer verschärften Mangelsituation im Justizvollzug gerechnet werden.

Den Einzelfall prüfen

Flexibel reagieren ist daher das Gebot der Stunde. Weder der Personalbestand der Behörden noch die Belegungssituation in den Vollzugsanstalten geschweige denn die gesetzlichen Aufgaben des Strafvollzugs sind in Stein gemeißelt.

Hier kommt es auf den gemeinsamen Willen an, Probleme entsprechend dem § 2 des Personalvertretungsgesetzes, der Fürsorgepflicht und der entsprechenden dienstlichen Aufgaben abzuwägen und zum Wohl der Beschäftigten umzusetzen, auch im Interesse des „Betriebsfriedens“ in der jeweiligen Dienststelle.

Nur im Ausnahmefall

Nach Auffassung des **BSBD Berlin** ist aber in Zeiten einer geringeren Auslastung der Gefangenenplätze sowie bei gleichzeitigem Rückgang der Stel-

lenvakanzan ein Hinausschieben des Ruhestands nicht mehr notwendig, zumal auch eine Durchmischung mit dienstjüngeren und -erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen erreicht worden ist. Eine derartige Maßnahme sollte daher Ausnahmefall bleiben und nur unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen (Fortführung/Beendigung eines laufenden Projektes, Wissenstransfer oder dringende dienstliche Notwendigkeit) bewilligt werden.

Kein Verlängerungsdruck und in Ruhe prüfen

Das heißt, dass jeder Einzelfall von den Personalräten unter Berücksichtigung aller Besonderheiten gründlich geprüft werden muss, wobei hier auch Kompromisse selbstverständlich weiterhin möglich sein sollen.

Niemand sollte sich aber unter Druck gesetzt fühlen, einen Antrag auf Verlängerung der Regelarbeitszeit stellen zu müssen.

Der **BSBD Berlin** rät seinen Mitgliedern entsprechende Aufforderungen in Ruhe zu prüfen.

Vor allem steuerliche Aspekte sollten grundsätzlich vorab durchgerechnet werden. Oftmals ergeben sich im Nachgang böse Überraschungen!

Unabhängig von den temporären Verlängerungsmöglichkeiten der Lebensarbeitszeit hält der **BSBD Berlin** an seiner Grundforderung fest, die Altersgrenze im allgemeinen Vollzugsdienst auf das 61. Lebensjahr herabzusetzen. ■

